

Offener Brief

Bonn, 28.04.2016

Sehr geehrter Herr Aengenvoort,

herzlichen Dank für Ihre Antwort auf unsere Bitte, uns zu erläutern, wie sich die vom DVV geforderte Trägerpauschale für Integrationskurse von 4,40 Euro berechnet. 4,40 Euro entsprechen einer Erhöhung von 1,30 Euro gegenüber der derzeit gültigen Pauschale von 3,10 Euro und sollen nach Aussage des DVV auskömmliche Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte in Integrationskursen in Höhe von TVÖD 11 bzw. 51,- Euro Stundenentgelt schaffen.

Leider haben Sie sich in Ihrem Schreiben nicht dazu bereit erklärt, uns zum jetzigen Zeitpunkt die zugrundeliegende Kostenkalkulation zu erläutern. Für uns ist kaum vorstellbar, dass die von Ihnen geforderte Teilnehmerpauschale ausreicht, um unsere berechtigten Forderungen nach angemessenen Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Diese sind:

- **Festanstellung mit tariflich gebundener Eingruppierung** und Arbeitsstrukturen, die denen von angestellten Lehrkräften an Schulen mit einem Stundenkontingent von 26 Wochenstunden und den an der Schule üblichen Ferienregelungen entsprechen oder bei Freiberuflichkeit die **Anerkennung der Arbeitnehmerähnlichkeit** sowie ein Honorar, das dem Tarif bei Festanstellung entspricht. Da alle Lehrkräfte in Integrationskursen ein Hochschulstudium absolviert haben, müssen sie auch entsprechend ihrer hohen Qualifikation bezahlt werden. Dies ist gerade in der jetzigen Situation geboten, in der ihre Qualifikation und Erfahrung dringender denn je benötigt werden, damit die Integration von Flüchtlingen und Zugewanderten in Deutschland gelingen kann.

Wir halten es für unabdingbar, dass diese **Arbeitsbedingungen auch ins neue Integrationsgesetz aufgenommen** werden.

80% der Lehrkräfte in Integrationskursen sind Frauen. Die derzeit üblichen Arbeitsbedingungen betrachten wir somit auch als strukturelle **Diskriminierung von Frauenerwerbstätigkeit**. Wir gehen davon aus, dass der Deutsche Volkshochschulverband diesen Ansatz **nicht** unterstützen möchte.

Sie sprechen in Ihrer Antwort an, dass die vom DVV vorgeschlagene Kostenkalkulation in Politik und Verwaltung bereits eine wichtige Grundlage für Überlegungen zur Anhebung der Pauschale darstellt. Der Städte- und Gemeindetag hat Ihre Forderung übernommen, selbst die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Als direkt Betroffene sehen wir dies als sehr problematisch an, da wir weder davon Kenntnis haben, wie sich die neu kalkulierte

Trägerpauschale zusammensetzt, noch von irgendeiner Seite in die Beratungen und Überlegungen eingebunden werden, die letztendlich aber unsere Arbeitsbedingungen generieren.

Daher lautet unsere zweite wichtige Forderung an das Integrationsgesetz:

- **Mitspracherecht der Lehrkräfte** in Integrationskursen bei der Gestaltung der Kurs- und Prüfungsformate, da nur wir die aus der täglichen Unterrichtspraxis resultierende Erfahrung dafür mitbringen und unsere Partizipation demokratischen Grundsätzen entspricht.

Am 21. Mai 2016 wird in Hannover ein bundesweites Treffen der Lehrkräfte in Integrationskursen stattfinden, auf dem wir unsere Vernetzung und Zusammenarbeit weiter vorantreiben werden. Auf unserer Homepage finden Sie bereits eine Karte mit den Städtegruppen bundesweit.

Denn eines ist klar: So wie bisher kann und darf es nicht weitergehen!

Wir finden es sehr bedauerlich und auch kontraproduktiv, dass in der Integrationskursdebatte zwar **über** uns Lehrkräfte gesprochen wird, jedoch niemand das Gespräch **mit** uns sucht!

Da wir als Bonner Offener Kreis (BOK) in Bonn ansässig sind, wäre es für uns nur eine Straßenbahnfahrt weit, um zu einem ausführlichen Gespräch zu den notwendigen Veränderungen im Bereich der Integrationskurse zu Ihnen zu kommen. Über eine Einladung zu einem solchen Gespräch würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Ulrike Wefers, Monika Strauß-Rolke, BOK



www.bonneroffenerkreis.jimdo.com